

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

22.09.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Gorleben ist Geschichte, die Suche beginnt von vorn</b> <i>energiezukunft.eu, 21.09.2021</i> .....	3
2   <b>Wie die Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche ausgebremst wird</b> <i>Der Nordschleswiger, 22.09.2021</i> .....	5
3   <b>Zwischenlager in Lingen: Bleibt es länger?</b> <i>Lingener Tagespost, 22.09.2021</i> .....	7
4   <b>Neuer Ärger um geplantes Atomendlager in Lothringen</b> <i>saarbruecker-zeitung.de, 21.09.2021</i> .....	9
5   <b>Japan möchte radioaktive Geräte aus Kernkraftwerken im Ausland entsorgen</b> <i>sumikai.com, 21.09.2021</i> .....	11

## Gorleben ist Geschichte, die Suche beginnt von vorn

*Jahrzehnte hielt die Politik am Bergwerk Gorleben als potenzielles Atommüllendlager fest, genauso lange dauerte der Protest. Nun ist Gorleben endgültig stillgelegt. Die Suche beginnt erneut. Diesmal soll alles besser laufen – doch es gibt Zweifel.*

Mit dem Finger auf der Landkarte legte die Politik vor rund 40 Jahren im zur damaligen DDR grenznahen Ort Gorleben im niedersächsischen Wendland einen Standort für die Lagerung von Atommüll fest. Nach näherem Hinschauen von Experten erwies sich das Salzbergwerk als Endlager für hochradioaktiven Atommüll jedoch als ungeeignet.

Es folgten Proteste der Bevölkerung über Jahrzehnte, die nicht zuletzt zur späten Einsicht der Politik beigetragen haben. Nun ist das Bergwerk endgültig stillgelegt worden und soll wieder verfüllt werden. Den entsprechenden Auftrag hatte das Bundesumweltministerium der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) erteilt.

Im Zuge eines Neustarts der bundesdeutschen Endlagersuche wurde das Bergwerk bereits im September 2020 von der BGE „wegen erheblicher Zweifel an der geologischen Eignung des Standorts“ endgültig von der Liste potenzieller Standorte gestrichen. „Das Kapitel Endlager Gorleben wird ab dem heutigen Tag geschlossen“, kommentierte der Staatssekretär im Umweltministerium Jochen Flasbarth den Schlussakt.

Der Salzstock soll nun binnen zehn Jahren in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Die Kosten für den geplanten Rückbau des Bergwerks werden sich voraussichtlich auf einen dreistelligen Millionenbetrag belaufen. Das soll durch den Endlagerfonds des Bundes finanziert werden. In die Erkundung Gorlebens wurden bislang satte 1,9 Milliarden Euro investiert. Gorleben sei eine „falsche politische Entscheidung gewesen“, so Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies.

Die Suche nach einem neuen Standort hat indes schon begonnen. Diesmal sollen die Bürger an der Suche beteiligt werden. Die Entscheidung der Politik werde basierend auf wissenschaftlicher Expertise erfolgen. Es kommen Standorte verteilt über ganz Deutschland in Betracht. Nach den Plänen der Bun-

desregierung soll bis 2031 ein Standort für ein Endlager in Deutschland feststehen. Rund 27.000 Kubikmeter Atommüll müssen dann irgendwo in Deutschland sicher gelagert werden – für eine Million Jahre. Laut BGE sind rund 54 Prozent der Fläche der Bundesrepublik aus geologischer Sicht dafür geeignet. Infrage kämen die Wirtsgesteine Salz, Ton und Granit.

### Mangelnde Transparenz

Doch erst vor kurzem haben Umweltverbände den politisch Verantwortlichen mangelnde Transparenz bei der Aufarbeitung des Atommüll-Problems und einer gerechten Endlager-Suche vorgeworfen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung werde nicht richtig umgesetzt, mahnte der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Für die Akzeptanz in der Bevölkerung sei das fatal, neue Konflikte vorprogrammiert. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) habe die versprochene Forderung nach kontinuierlicher Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Suche nach einem dauerhaften Lager für hochradioaktive Abfälle bislang nicht umgesetzt.

### Strahlendes Erbe

Übrig und sichtbar bleibt nun das Transportbehälterlager Gorleben, eine oberirdische Zwischenlager-Halle für abgebrannte Brennelemente und hochradioaktive Abfälle aus der Wiederaufbereitung in deutschen AKWs. Die Anti-Atom-Organisation ausgestrahlt fordert daher auch eine Lösung für die über hundert darin lagernden Castor-Behälter „Die Lagerung der Castor-Behälter ist dort nur bis zum Jahr 2034 genehmigt. Eine Einlagerung in ein zukünftiges geologisches Tiefenlager irgendwo in Deutschland soll jedoch nach den Plänen der Bundesregierung frühestens 2050 beginnen“, kritisiert ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay. Es sei unklar, ob die Behälter überhaupt so lange dorthin gehalten werden.

Umweltminister Lies denkt derweil über neue wirtschaftliche Perspektiven für das Wendland nach. Die

sollten mit der Bevölkerung erarbeitet werden, so Lies. Die Region habe großes Potenzial für die Klima- und Energiewende. Späte Einsichten.

**Gorleben sei eine „falsche politische Entscheidung gewesen“, so Niedersachsens Umweltmi-**

**nister Olaf Lies.**

**Ich hoffe, dass im Wendland nun die Wunden heilen können, die der jahrzehntelange Streit um Gorleben gerissen hat.**



**Bild:** Das Bergwerk Gorleben als Atommüll-Endlager ist zwar Geschichte, doch der Atommüll im oberirdischen Zwischenlager strahlt weiter.

## Der Nordschleswiger

📰 Der Nordschleswiger | 22.09.2021

🔗 WEBLINK

# Wie die Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche ausgebremst wird

*Ein Jahr lang hat Ingrid Lohstöter die Suche nach einem Atommüll-Endlager begleitet. Ihr Eindruck: Die Bürger werden von den zuständigen Behörden eher behindert als informiert und ernst genommen.*

Vor einigen Jahren hatten die Bürgerinitiative „Angeliter bohren nach“ und Ingrid Lohstöter sich hartnäckig und erfolgreich gegen geplante Ölbohrungen zur Wehr gesetzt. Als nun Ende 2020 die Bundesgesellschaft für Endlagerung in einem „Zwischenbericht“ 90 Teilgebiete in Deutschland veröffentlichte, die für die Lagerung von hoch **radioaktivem Atommüll** in Frage kommen, erwachte der Kampfgeist erneut.

### Gesucht wird ein Standort für den radioaktiven Atommüll

Gesucht wird ein Standort, in dem der Müll für eine Million Jahre so sicher wie möglich gelagert werden kann. Und Angeln, genauer das Gebiet um Sterup, steht auf der großen Liste. Diesmal war jedoch nicht Widerstand angesagt, sondern eher Vorsicht und Kontrolle. „Wenn Sterup tatsächlich der sicherste Ort für den Müll in Deutschland ist, müssen wir damit leben“, sagt Ingrid Lohstöter. „Aber wir müssen sicher gehen, dass alle Schritte und Fakten nachvollziehbar sind – damit die Standort-Entscheidung toleriert wird und es keinen ‚Krieg‘ gibt wie einst in Gorleben.“

Die Ausgangsposition schien gut, denn das eigens geschaffene Standortauswahlgesetz sieht eine umfassende und systematische Beteiligung der Öffentlichkeit, Transparenz und Partizipation in einem Dialog vor. Das System wurde als wegweisend in seiner Offenheit und Bürgerbeteiligung angepriesen – und war in dieser Beziehung wohl auch als Gegenentwurf zu den Vorgängen geplant, die sich 1977 rund um Gorleben ereignet hatten.

### 150 Videokonferenzen in einem Jahr

Gut ein Jahr ist seitdem vergangen – und Ingrid Lohstöter hat in dieser Zeit nicht nur an rund 150 Online-Konferenzen teilgenommen, sondern auch viele Verbindungen geknüpft, Fachbegriffe nachgeschlagen, Berge von Akten gelesen und Fragen gestellt.

Die sogenannte Fachkonferenz Teilgebiete, in deren drei Beratungsterminen zwischen Februar und August 2021 sich jeweils etwa 1000 Einzelpersonen, Wissenschaftler, Verbände und Kommunen beteiligt hatten, waren selbst organisiert. Ansprechpartner war die Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**), die jedoch bei den Teilnehmern stark in die Kritik geriet. So wurden offenbar geowissenschaftliche ortsspezifische Daten nicht ausgewertet und durch allgemeine Referenzdaten aus Kartenmaterial und Literatur ersetzt.

### Schockiert von gravierenden Fehleinschätzungen

Dies führte zu irrwitzigen Fehlern: Ganze Regionen wurden von der **BGE** als endlagertauglich ausgewiesen, obwohl das angebliche „Wirtsgestein“ wie Salz, Ton und Granit dort gar nicht existiert. „Dieses Vorgehen und die gravierenden Fehleinschätzungen haben mich schockiert, denn schließlich geht es ja nicht um die Aussaat einer Blumenwiese, sondern um gesundheitsgefährdenden, hochradioaktiven **Atommüll**“, sagt Ingrid Lohstöter.

Auch wurden Fragen monatelang nicht und dann meist unzureichend beantwortet, was auch Ingrid Lohstöter erfahren musste. Andere Teilnehmer kritisieren zu kurze Redezeit, eine harsche Moderation und die Vermeidung von strittigen Themen. Die Anti-**Atom**-Organisation „Ausgestrahlt“ bringt es für sich auf den Punkt: „Unter dem Strich verkommt die Fachkonferenz Teilgebiete zu einer Simulation von Beteiligung, die bei denen, die sich darauf eingelassen haben, große Kräfte und zeitliche Ressourcen gebunden hat, ohne dass dies eine relevante Wirksamkeit in Hinblick auf das Suchverfahren selbst entfaltet.“

### Fragen wurden monatelang nicht beantwortet

Auch wurden Fragen monatelang nicht und dann meist unzureichend beantwortet, was auch Ingrid

Lohstöter erfahren musste. Sie bekennt: „Wir haben es als frustrierend erlebt, dass wir Beschlüsse fassen, Gespräche führen, Wünsche und Anregungen äußern und es dann völlig im Belieben der Bundesgesellschaft für Endlagerung und dem Bundesamt für die Sicherheit der *nuklearen Entsorgung (BASE)* liegt, ob sie darauf antworten, etwas umsetzen – oder eben nicht, wie meist.“

### **Das Gesetz lässt in der wichtigsten Phase keine Bürgerbeteiligung zu**

Die erste Phase der Bürgerbeteiligung ist inzwischen abgeschlossen. Am 7. September wurden die Beratungsergebnisse der Fachkonferenz an die *BGE* zur Überprüfung ihrer bisherigen Arbeit übergeben und damit die Fachkonferenz aufgelöst. Die Bürgerbeteiligung soll erst wieder einsetzen, wenn die große Zahl der in Frage kommenden Regionen, 54 Prozent des Bundesgebiets, auf eine Handvoll Standortregionen (1

bis 2 Prozent) eingegrenzt ist. Ausgerechnet in dieser wegweisenden Phase sieht das Standortauswahlgesetz keine formelle Beteiligung der Bürger mehr vor.

„Aber wir können doch nicht fünf oder sechs Jahre aussetzen – dann finden wir doch nie wieder den Anschluss an die Informationen und Ergebnisse“, sagt Ingrid Lohstöter. Inzwischen sind sich nach monatelangen Forderungen, Initiativen und Gesprächen alle Verfahrensbeteiligten einig, dass von der sogenannten Öffnungsklausel des Standortauswahlgesetzes Gebrauch gemacht werden und neue Beteiligungsformate geschaffen werden sollen. Gestritten wird noch um das Wie. Bisher will das *BASE* als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung die bisherige Selbstorganisation der Öffentlichkeit verhindern, die eine Bestimmung des Inhalts, der Fragestellungen und die Anhörung unabhängiger Wissenschaftler in den Konferenzen beinhaltet und garantiert hat. Zurzeit finden darüber Gespräche statt.

## Zwischenlager in Lingen: Bleibt es länger?

### Castoren mit hoch radioaktiven Brennstäben kommen ausschließlich aus dem Kernkraftwerk Emsland

Während der Salzstock in Gorleben als Endlager für hoch **radioaktive** Abfälle ausgeschieden ist und die Standortsuche von vorne beginnt, sind die Zwischenlager weiter in Betrieb, auch in Lingen. Ein Besuch vor Ort im Industriepark. Da stehen sie, säuberlich aufgereiht, 47 Stück an der Zahl: Castorbehälter mit abgebrannten, hoch **radioaktiven** Brennstäben im Zwischenlager beim Kernkraftwerk Emsland in Lingen. „Nachzählen“ braucht Leiter Olaf Wollny nicht jeden Tag, die Sicherheitsmaßnahmen sind umfassend.

Was man beim Umgang mit hoch **radioaktiven** Stoffen auch erwarten kann. Auch wenn sich das Zwischenlager auf dem Reaktorgelände im Industriepark befindet, liegt die Verantwortung nicht mehr beim Betreiber RWE. Die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (**BGZ**) hat 2019 bundesweit die Verantwortung für mehrere Zwischenlager von hoch **radioaktiven** Abfällen übernommen, darunter auch für den Standort des Kernkraftwerkes in Lingen. Der 1400-Megawatt-Block geht Ende 2022 vom Netz. Das Zwischenlager bleibt, mindestens bis 2042, aber unter Umständen auch länger – ein Überblick.

**Der gesetzliche Rahmen:** Im Juni 2017 ist das „Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen **Entsorgung**“ in Kraft getreten. Danach sind die Betreiber der **Atomkraftwerke** für deren Stilllegung und **Rückbau** sowie für die fachgerechte Verpackung der **radioaktiven** Abfälle zuständig.

Der Bund hat die Verantwortung für die Zwischen- und Endlagerung übernommen. Die Energieversorgungsunternehmen haben die dafür vorgesehenen finanziellen Rückstellungen in Höhe von 24,1 Milliarden Euro in den „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen **Entsorgung**“ eingezahlt.

**Die Größe des Zwischenlagers:** Als das Zwischenlager in Lingen im Jahr 2002 in Betrieb ging, waren der Tsunami in Fukushima und die Reaktorkatastrophe dort noch neun Jahre weit weg. Deshalb ist das

Zwischenlager größer, als nach dem **Atomausstiegsbeschluss** am 30. Juni 2011 vor dem Hintergrund der Katastrophe in Japan noch notwendig gewesen wäre. Genehmigt ist es für 125 Stellplätze für Castorbehälter, von denen jeder Einzelne mit 19 abgebrannten Brennelementen gefüllt ist.

**Die nächste Lieferung:** „Aktuell ist das Zwischenlager mit 47 Behältern belegt, die letzte Einlagerung war 2018“, erläutert Olaf Wollny, Leiter des Zwischenlagers. Bei einem Brennelementewechsel im Kernkraftwerk Emsland während einer Revision werden die ausgetauschten Brennstäbe nicht sofort ins Zwischenlager transportiert. Sie bleiben zur Verminderung der Strahlungsaktivität und der Temperatur mehrere Jahre im Abklingbecken des Reaktors.

„Die nächste Lieferung für das Zwischenlager kommt voraussichtlich ab dem Jahr 2026“, erklärt Maschinenbauingenieur Wollny. Weitere 38 Behälter stehen in naher Zukunft neben den 47, zusammen also 85. „Die übrigen freien Plätze bleiben frei“, sagt der Leiter. Das Zwischenlager sei ausschließlich für die Brennelemente aus dem Kernkraftwerk in Lingen genehmigt worden.

**Sicherheit nach innen:** Wer mehrere Sicherheitschleusen durchquert hat, steht im „Empfangsbereich“. Ein Schienenfahrzeug transportiert hier bei einer Lieferung aus dem Kernkraftwerk Emsland den knapp sechs Meter hohen Castor, der zusammen mit 19 Brennelementen im Inneren 126 Tonnen auf die Waage bringen würde. Zum Vergleich: Der Airbus A320 wiegt 42 Tonnen.

An der Decke befinden sich Kameras. Mit ihrer Hilfe können die Europäische **Atomgemeinschaft** (EURATOM) und die Internationale **Atomenergieorganisation** (IAEA) den Bestand der Brennelemente im Zwischenlager überwachen. „Hier gucken ganz viele Augen drauf: der Betreiber, die **Atomaufsicht**, Genehmigungsbehörden und supranationale Organisa-

tionen“, sagt David Knollmann, Pressesprecher der **BGZ** für die Region Nordwest.

Die Kameras sind verplombt. „Die Organisationen haben auch einen eigenen Serverschrank, wohin die Bilder übertragen werden“, ergänzt Wollny. Eine Leittechnik für Behälterüberwachung kontrolliert kontinuierlich die Dichtheit der Castordeckel. Wollny beschreibt das Arbeitsprinzip so: Es gehe darum, nicht auf eine Störung zu warten und dann zu reagieren. Die regelmäßige Überprüfung aller Systeme als vorbeugende Instandhaltung soll vielmehr den Fall der Störung erst gar nicht eintreten lassen.

Offenbar mit Erfolg: Was zu reparieren ist, reduziert sich nach Wollnys Angaben mitunter auf den Austausch von Leuchtmitteln bei defekten Lampen. Zehn Arbeitnehmer sind derzeit dort beschäftigt, „auf 20 werden wir anwachsen“, sagt Wollny: Strahlenschutzexperten, Elektriker, Betriebsschlosser, Ingenieure, eine Standortassistentin und eine Fachkraft für Dokumentation.

**Sicherheit nach außen:** Wie steht es um die äußere Sicherheit des 110 Meter langen, 26 Meter breiten und 20 Meter hohen Zwischenlagers? Eine Frage, die nach den Terroranschlägen von New York vom 11. September 2001 eine ganz andere Brisanz gewonnen hat.

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die Genehmigung des **Atom**-Zwischenlagers auf dem Gelände des stillgelegten **AKW** Brunsbüttel für rechtswidrig erklärt. Bemängelt wurde laut **BGZ**, „dass das damals zuständige Bundesamt für Strahlenschutz aufgrund von Geheimhaltungsverpflichtungen dem Gericht nicht in der gewünschten Detailtiefe darlegen konnte, dass die Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel den Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter gewährleistet“.

Knollmann unterstreicht: „Was die Folgen eines gezielt herbeigeführten Flugzeugabsturzes auf das Zwischenlager angeht, so hat das Bundesamt für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** diese untersucht.“ Das **BASE**, nach dem **Atomgesetz** zuständig für die Genehmigung der Zwischenlager, kommt laut Knollmann in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, dass „durch einen gezielt herbeigeführten Flugzeugabsturz auf ein Zwischenlager **radioaktive** Stoffe nicht in erheblicher Menge freigesetzt werden und deshalb eine Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung ausgeschlossen ist“.

Beim Zwischenlager in Lingen wurde außerdem eine zusätzliche Betonmauer zum Schutz eingezogen. „Weitere Sicherungsmaßnahmen sind nicht sichtbar“, erläutert Wollny, ohne weitere Details zu nennen – aus Sicherheitsgründen.

**Baumaßnahmen:** Bis Ende 2018 gehörte das Zwischenlager zum Kernkraftwerk Emsland. Seit 2019 ist es organisatorisch davon getrennt. „Die Autarkie soll abgeschlossen sein, wenn das KKE brennstofffrei ist“, erläutert Wollny. Vollständige Autarkie bedeutet: Die Sicherung des Zwischenlagers erfolgt nicht mehr durch Sicherungspersonal des Kernkraftwerkes, sondern durch Fachkräfte, die die **BGZ** einsetzt. Es gibt einen äußeren und inneren Zaun, eine eigene Zuwegung von der Niederdarmer Straße aus, eine eigene Strom- und Wasserversorgung, ein neues Dienstgebäude, Wachgebäude und eine Werkstatt. „Vor der Auslieferung der nächsten Castoren aus dem Kernkraftwerk in das Zwischenlager im Jahr 2026 sollen diese Baumaßnahmen abgeschlossen sein“, erläutert Wollny.

**Wie geht es weiter?** Das Zwischenlager in Lingen hat eine Betriebsgenehmigung bis zum Jahr 2042. Bis dahin wird die Frage des Endlagerstandortes für abgebrannte Brennstäbe aus deutschen Kernkraftwerken vielleicht entschieden sein – oder auch nicht. Knollmann erklärt: „Dieses Standortauswahlgesetz sieht einen mehrstufigen Suchprozess nach einem Endlagerstandort vor. Und nach diesem Gesetz soll im Jahr 2031 der Standort für ein Endlager benannt werden. Um das Jahr 2050 soll es in Betrieb gehen.“

Was wird bis dahin aus dem Zwischenlager, wenn die Betriebsgenehmigung im Jahr 2042 ausläuft? Die Sicherheitsnachweise für den Zeitraum von 40 Jahren ab 2002 seien erbracht und nachgewiesen, erläutert Knollmann. Dies bedeute aber nicht, dass das Zwischenlager nach dieser Zeit unsicher sei. „2042 ist kein technisches, sondern ein politisches Datum“, so der Sprecher der **BGZ**. Und Knollmann weiter: „Für eine längere Zwischenlagerung müssen wir allerdings neue Sicherheitsnachweise nach Stand von Wissenschaft und Technik vorlegen – darauf bereitet sich die **BGZ** schon heute vor.“ Klar sei aber auch: Die Transport- und Lagerbehälter seien nicht für eine Endlagerung vorgesehen.

Das bedeutet: Lingen verlassen müssen die Castoren auf jeden Fall.

## Neuer Ärger um geplantes Atomendlager in Lothringen

*Atomkraft: Atomendmüllager Bure in Frankreich sorgt erneut für Ärger Atomkraftgegner protestieren Bure/Gondrecourt-le-Château Sie sind dagegen, aber beteiligen sich nicht an der öffentlichen Untersuchung des umstrittenen Projektes: Die Gegner des geplanten Atomendlagers im lothringischen Bure befürchten, dass das Projekt validiert wird – komme, was wolle. Geschlagen geben sie sich deswegen aber nicht.*

Der erste Informationsabend der öffentlichen Untersuchung rund um das geplante Atomendlager im lothringischen Bure war schnell vorbei. Als rund 40 Atomkraftgegner am Freitagabend ihren Protest in Gondrecourt-le-Château laut kundgetan hatten, schloss die Kommission die Veranstaltung und verließ unter Polizeischutz den Saal. Schon am Vortag, dem offiziellen Beginn der fünfwöchigen öffentlichen Untersuchung, hatte eine Protestkundgebung vor dem Rathaus von Montiers-sur-Saulx, dem Sitz des Präsidenten der Untersuchungskommission, stattgefunden.

Die Aktivisten wollen weiter verhindern, dass die französische Atomaufsichtsbehörde Andra ihren Plan für die Errichtung eines Endlagers in Bure umsetzt. Das sogenannte Projekt Cigéo (Centre industriel de stockage géologique) sieht in Bure ab 2035 die Endlagerung auch von hoch radioaktivem Abfall unter Tage vor. In 500 Meter Tiefe sollen insgesamt 270 Kilometer lange Galerien entstehen. 1800 Meter Galerien und ein Forschungslabor zur Untersuchung des Bodens gibt es bereits. Nach Angaben der Regierung ist Cigéo für radioaktiven Abfall von hoher Aktivität und hoher Langlebigkeit (mehrere Hunderttausend Jahre) geplant. Bure liegt 145 Kilometer von Saarbrücken und 60 Kilometer von Nancy entfernt.

Die Gegner des Cigéo-Projektes haben in der Vergangenheit Petitionen, Kampagnen und Demonstrationen angestrengt. Diese öffentliche Untersuchung aber wollen die Aktivisten von Réseau Sortir du Nucléaire (Netzwerk raus aus der Atomkraft) boykottieren. „Die öffentliche Untersuchung beginnt, obwohl die Wirkungsstudie der Andra noch unvollständig ist“, kritisiert Netzwerk-Sprecherin Charlotte Mijeon. Viele Kritikpunkte, die von Vereinen und der Umweltbehörde vorgebracht wurden, seien noch ungeklärt – insbesondere die Gefahr eines unterirdischen Brandes, die Unmöglichkeit, den Atommüll im Falle eines Unfalls zu

verlagern und Freisetzungen an der Oberfläche. „Wie sollen wir die öffentliche Untersuchung unter diesen Bedingungen ernst nehmen“, fragt Mijeon.

Das Netzwerk beklagt, dass die Kritiker seit Jahren außen vor gelassen werden. „Die Schlussfolgerungen der ersten öffentlichen Debatte im Jahr 2005, in der empfohlen wurde, die unterirdische Lagerung nicht als Lösung zu verwenden, wurden nicht weiterverfolgt“, erklärt Mijeon. Eine weitere öffentliche Debatte wurde aus diesen Gründen auch 2013 weitgehend boykottiert. „Jede dieser ‚Beratungen‘ bringt die unangenehme Bestätigung, dass es für die Andra und die Regierung nur um eine Fassadendemokratie geht, um obligatorische und sinnentleerte Regulierungspassagen für ein Projekt, das auf alle Fälle umgesetzt werden muss“, teilt Mijeon mit. Tatsächlich steht die öffentliche Untersuchung im administrativen Prozess vor der Gemeinnützigkeitserklärung und dem Errichtungsantrag.

Trotz des Boykotts soll die Stellungnahme der Untersuchungsbeauftragten im November stehen und der Regierungsbeschluss bis Ende des Jahres. „Wir werden weitermachen und insbesondere rechtliche Schritte einleiten, um die Gemeinnützigkeitserklärung anzufechten, wenn sie erteilt wird“, erklärt Mijeon. Das französische Netzwerk wird auch grenzübergreifend unterstützt, von mehreren Vereinen aus dem Saarland und aus Luxemburg.

Die Andra wiederum begründet die Standortwahl mit den Vorzügen des Bodens um Bure: „Sobald die radioaktiven Abfälle in den Stollen in 500 Metern Tiefe, eingebettet in der Tonschicht, sind, wird das Endlager verschlossen. Der Ton dient als langfristige natürliche Barriere, welche die Ausbreitung der radioaktiven Stoffe in der Umwelt begrenzt und verzögert.“ Frankreichs Behörde für nukleare Sicherheit, die ASN, hat dem Projekt eine „zufriedenstellende technische Rei-

fe“ bescheinigt.

Weitere Informationen zur öffentlichen Untersuchung  
unter [www.registre-numerique.fr/dup-cigeo](http://www.registre-numerique.fr/dup-cigeo)

## Japan möchte radioaktive Geräte aus Kernkraftwerken im Ausland entsorgen

*Japan hat ein großes Problem was den Atommüll angeht. Ohne Endlager wächst die Menge immer mehr an. Aus dem Grund überlegt die Regierung nun einen Teil des Mülls aus den Kernkraftwerken ins Ausland zu bringen.*

Die Regierung denkt zurzeit darüber nach, die Vorschriften für den Export von radioaktiv verseuchten Geräten aus Kernkraftwerken zu lockern. Man will so den Müll im Ausland entsorgen und die Menge im eigenen Land reduzieren.

### Geräte aus Kernkraftwerken sollen im Ausland entsorgt werden

Bisher will man drei verschiedene Arten von radioaktiven Geräten im Ausland entsorgen. Dampfgeneratoren, Speisewassererhitzer sowie Lager- und Transportbehälter für Kernbrennstoffe sollen exportiert werden. Die Bauteile sind dabei von 5 bis 20 Meter groß und wiegen bis zu 300 Tonnen. Allgemein sind die Teile weniger verstrahlt als abgebrannte Brennelemente, aber trotzdem sind sie gefährlich.

Die Schwierigkeit bei der Umsetzung des Plans ist, dass die Exporte nur erlaubt sind, wenn sie die Erlaubnis der Länder enthalten. Allerdings verbietet Japans Foreign Exchange and Foreign Trade Control Gesetz den Transport generell. Aus dem Grund will man beim Export darauf achten, dass die Geräte größtenteils recycelt werden, um nicht das Gesetz ändern zu müssen.

Das Industrieministerium hat die Änderung bereits in seinem Entwurf für den aktualisierten Basic Energy Plan aufgenommen, der frühestens im Oktober vom

Kabinettsrat verabschiedet werden soll. Vorher will man noch die Meinung der Bevölkerung bis zum 4. Oktober einholen.

### Japan braucht dringend eine Entsorgungslösung

Mit einer Zustimmung könnte die Umsetzung allerdings noch Jahre dauern. Neben der Abschätzung der Kosten müssen auch die Sicherheitsmaßnahmen für den Transport geklärt werden.

Die Exporte würden von Japans ursprünglicher Politik abweichen, den Abfall im eigenen Land zu entsorgen. Die Suche nach einem Endlager läuft noch. Zwar gibt es schon potenzielle Standplätze, die aber noch geprüft werden müssen. Zusätzlich gibt es bereits Widerstand aus der Bevölkerung.

Japan muss trotzdem eine schnelle Lösung finden. 24 Reaktoren von Kernkraftwerken sollen in den nächsten Jahren abgebaut werden. Ohne das zerstörte Fukushima Kernkraftwerk fallen allein 165.000 Tonnen an schwach radioaktivem Abfall an. 90 Prozent davon können bisher nicht entsorgt werden. Es soll deswegen auch diskutiert werden, wie weit der Abfall recyclingfähig ist. Experten sagen dazu, dass Japan zuerst die Entsorgung auslagern und dann davon lernen soll, um den Müll dann im eigenen Land beseitigen zu können.



**Bild:** Auch in Fukushima Daini sollen die Reaktoren abgebaut werden, was weiteren Atommüll verursacht.